

"In Brüssel gibt es nicht mehr Betrug als in den Regierungen" in El País (14. März 1999)

Legende: Gespräch mit Jan O. Karlsson, vom 18. Januar 1999 bis zum 31. Dezember 2001 Präsident des Europäischen Rechnungshofes, das am 14. März in der spanischen Tageszeitung El País veröffentlicht wurde. Jan O. Karlsson erläutert, worin die Kontrollfunktion des Rechnungshofes besteht, und warnt vor den Übertreibungen einiger Journalisten und Politiker, die dazu neigen, Betrugsfälle in der Gemeinschaft übertrieben darzustellen.

Quelle: El País. 14.03.1999. Madrid. "Entrevista con Jan O. Karlsson", auteur:Vidal-Folch, Xavier.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/in_brussel_gibt_es_nicht_mehr_betrug_als_in_den_regierungen_in_el_pais_14_marz_1999-de-4fe4edc8-6e4f-4018-bf62-b775c3783787.html



Publication date: 05/07/2016

Interview: Jan O. Karlsson, Präsident des Europäischen Rechnungshofes

„In Brüssel gibt es nicht mehr Betrug als in den Regierungen“

Jan O. Karlsson (Stockholm, 1939) ist seit Januar Präsident des Europäischen Rechnungshofs. Der Rechnungshof ist das Organ, das die Kommission auditiert und dessen Tätigkeit zahlreiche Unregelmäßigkeiten in der Haushaltsführung aufgedeckt hat

XAVIER VIDAL-FOLCH - Brüssel

Trotz seiner sympathischen Ausstrahlung wird Jan O. Karlsson nachgesagt, er sei unerbittlich und streng, obgleich ihm die inquisitorische Art seines Vorgängers fehle. In diesem ersten Interview mit einer südeuropäischen Zeitung klagt er die tieferen Gründe der Unregelmäßigkeiten an. Er schätzt die Menge an Betrugsfällen genauso hoch wie auf nationaler Ebene, ohne dabei das Problem „aufzubauschen“, wie es, so kritisiert er heftig, gewisse Zeitungen und Politiker getan haben. Er hebt die „sehr angemessene“ Reaktion des spanischen Kommissars Manuel Marín auf die ersten Symptome von Korruption in seiner Abteilung hervor. Er schlägt Brüssel und den Regierungen eine spezielle Taktik zu deren Bekämpfung vor.

Frage. Ist die Verwaltung der europäischen Haushaltsmittel durch die Kommission auffallend unzulänglich?

Antwort. Sie entspricht ungefähr der der Mitgliedstaaten, die 85 % des Haushalts verwalten. Wie bei vielen anderen Verwaltungen auch bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Abteilungen. Das liegt an den unterschiedlichen Traditionen, an der Art der Aufgaben, je nachdem, ob das Tätigkeitsfeld eher statisch oder sehr wechselhaft und dynamisch ist. Die Kommission muss die Struktur ihrer Verwaltung neu überdenken; sie weiß, dass die einzige Lösung in einer flexiblen Verteilung der Beamten und der Gelder besteht, weil es unmöglich ist, mehr Mittel zu bekommen.

F. Dazu wird das Einverständnis der Regierungen nötig sein.

A. Die Regierungen müssen mit der falschen Vorstellung aufräumen, dass ein Beamter zweimal eingesetzt werden kann. Wenn unter Beibehaltung des gleichen Personals mehr Aufgaben übertragen werden, funktioniert das Schema nicht. Das ist dann ein Nährboden für schlechte Verwaltung, da eine zu hohe Abhängigkeit von externen Agenturen für technische Hilfe und von Kontrollen von außen entsteht. Das birgt die Gefahr von Betrug. Die Regierungen müssen realistisch sein: Sollen sie der Kommission ruhig sagen, dass sie nicht mehr Aufgaben übernehmen soll, aber sie müssen vermeiden, ihr mehr aufzubürden, wenn sie weiterhin über das gleiche Personal verfügt.

F. Bis wohin reicht der Betrug in der Kommission?

A. Der Trugschluss besteht darin, dass, wenn in einem Mitgliedstaat Betrug festgestellt wird, niemand auf die Idee kommt, diesen Staat schließen zu wollen. Wenn man aber in der Kommission darauf stößt, wird von vielen Seiten die Gelegenheit genutzt, um sie zu untergraben – und mit ihr das europäische Aufbauwerk. Viele nutzen die Gelegenheit und behaupten, dass alles Geld, das an den Gemeinschaftshaushalt geht, verschwendet wird, und dass es von daher besser ist, es erst gar nicht herauszugeben. Wir haben viele Unregelmäßigkeiten aufgedeckt, aber sie sind nicht so gravierend, wie es von einigen Medien und Politikern übertrieben dargestellt wird. Gewisse Journalisten, vor allem im Bereich der Sensationspresse und aus bestimmten Regionen – lassen Sie mich das nicht ausführen –, haben zu dieser Täuschung beigetragen. Sie haben die Bürger getäuscht. Es ist nicht bewiesen, dass mangelnde Moral und der Hang zum Betrug in Brüssel stärker vertreten sind als in nationalen Verwaltungen. Absolut nicht bewiesen, obwohl dadurch die Betrügereien nicht weniger schlimm werden.

F. Manche behaupten das.

A. Das ist nur eine Vermutung ohne wissenschaftliche Grundlage. Es geschieht Folgendes: Das Aufsehen, das ein „Fall“ in Brüssel erregt, ist größer als das eines vergleichbaren Falles in London, Madrid oder Rom,

weil die Kommission leicht verwundbar ist. Ihr wurden mehr Aufgaben übertragen, als sie verkraften konnte. Außerdem verfügt die EU weder über eine Armee noch über Schulen, fast ihr gesamter Haushalt fließt in Subventionen. Hinter Subventionen lauert immer die Gefahr von Betrug. All das fällt aber unter die gemeinsame politische Verantwortung der Kommission, des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten.

F. Welches Ergebnis erhoffen Sie sich von dem derzeitigen Prozess? Welche Wirkung wird der Bericht des Rates der Weisen haben?

A. Die europäischen Organe werden sich stärker öffnen und transparenter werden. Diese stärkere Öffnung und Transparenz ist möglich, wir Schweden wissen das seit Jahrhunderten.

F. Wie unterscheiden Sie – kurz gefasst – zwischen Unregelmäßigkeit, Betrug, Korruption, Vetternwirtschaft, Günstlingswirtschaft ...?

A. Das ist eine wesentliche, aber unmögliche Unterscheidung. Ich würde Monate dazu brauchen und alle Seiten Ihrer Zeitung füllen. Allerdings ist das nicht meine Schuld, sondern die der fünfzehn Premierminister. Auf dem Gipfel von Essen von 1994 wurde beschlossen, eine Übereinkunft über den Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft zu erarbeiten. Es handelt sich hierbei um die große Konvention zur Betrugsbekämpfung, um die korrekte Zuteilung der europäischen Gelder sicherzustellen und den Steuerzahlern Garantien zu bieten. Nun gut, sie wurde 1996 angenommen und seither haben die Mitgliedstaaten sie noch nicht ratifiziert. Was zum Teufel macht Aznar im Parlament – er drängt nicht auf eine Ratifizierung! Nicht nur er – was zum Teufel machen all die anderen vierzehn Regierungschefs in ihrem jeweiligen Parlament? Sobald die Konvention ratifiziert wird, gibt es klare Vorschriften, und ich kann Ihnen dann klare Antworten geben.

F. Was wollen Sie während Ihrer Amtszeit erreichen?

A. Vor sechs Jahren kannte man uns noch nicht. Heute hingegen hat die Öffentlichkeit den Rechnungshof bereits in ihr Bewusstsein aufgenommen. Das haben wir meinen Vorgängern zu verdanken, André Middlehoek und Bernhard Friedman, die diese Aufgabe übernommen und sich politisch so stark profiliert haben, dass sie manchmal kritisiert wurden. Ich bin also insofern privilegiert, als ich mich nicht mehr bekannt machen muss. Meine Aufgabe ist eine andere. Sie besteht darin, alle Bemühungen auf die professionelle Ebene zu lenken. Das heißt, die Qualität unserer Berichte zu steigern und die Struktur des Audits zu verbessern.

F. Werden Sie die Zahl der Rechnungsprüfungen steigern oder senken?

A. Wir haben eine Lawine von Spezialberichten losgetreten. Ich nehme mir vor, dass sie weniger und kürzer werden, klarer, mehr auf die Kritik der nicht funktionierenden Mechanismen konzentriert und weniger auf die Personen. Und vor allem muss eine bessere anschließende Nachkontrolle erreicht werden.

F. Wie das?

A. Ich werde Ihnen ein Beispiel geben, das die Spanier kennen. Während der Untersuchung der Mittelmeerprogramme im Jahr 1995 stieß ich auf einige inakzeptable Situationen. Daraufhin schrieb ich sofort an den Kommissar Manuel Marín. Er reagierte sehr schnell, sehr kategorisch und sehr passend, indem er die Programme stoppte. Das hat er sehr gut gemacht, aber dann stand die anschließende Kontrolle aus: Fünf Jahre danach ist immer noch nicht das gesamte verschwundene Geld aufgetaucht. Wenn wir also die Zahl der Berichte immer weiter erhöhen, machen wir die Kontrolle der vorhergehenden unmöglich. Diesen Aspekt müssen wir im Interesse des Steuerzahlers verbessern.

F. Fühlt sich der Rechnungshof in seiner Kontrollfunktion vom Parlament oder vom Rat der Weisen übergangen?

A. Überhaupt nicht. Dieses Haus ist keine politische Institution. Jeder hat natürlich seine persönlichen Ansichten. Ich bin kein politischer Eunuch, ich bin seit über 40 Jahren Sozialdemokrat, mein Vorgänger war Christdemokrat. Wir legen aber unsere Überzeugungen an der Tür ab. Wir sind keine Politiker. Wir mischen uns nicht in die Angelegenheiten des Rates oder des Parlaments. Unsere Aufgabe besteht nicht darin, sie zu ersetzen, sondern Prüfberichte zu erstellen. Nur das, nicht mehr und nicht weniger.

Veröffentlicht in der Tageszeitung EL PAÍS vom 14. März 1999 im internationalen Nachrichtenteil. Autor: Xavier Vidal-Folch.